Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 30 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 1 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 2.50 Mk. Nachweisungsgebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 297. Donnerstag den 23. Dezember 1920. 79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Der nachstehende auszugsweise Abdruck aus Nr. 285 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 15. Dezember 1920 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 1129 K

Dresden, am 21. Dezember 1920.

Arbeitsministerium.

Bekanntmachung.

Auf Grund der am 29. November 1920 gefaßten Beschlüsse des Reichskohlenverbandes gelten ab 1. Dezember 1920 folgende **Brennstoffverkaufspreise** je Tonne einschl. Kohlen- und Umsatzsteuer.

1. usw.

4. Sächsisches Steinkohlensyndikat G. m. b. H. Oelsnitzer Werke Vereinsglück:

Gaspechstücke	318.80 Mk.
Nußstücke	308.40 „
Waschwürfel I	311.10 „
Waschwürfel II	311.10 „
Waschknörpel I	309.90 „
Waschknörpel II	306.— „
Waschnuß I	304.50 „
Waschklare I	300.30 „

Die in der Bekanntmachung vom 28. April 1920 (Reichsanzeiger Nr. 91) und vom 29. September 1920 (Reichsanzeiger Nr. 222) enthaltenen allgemeinen Sonderbestimmungen gelten auch für die vorstehend veröffentlichten Brennstoffverkaufspreise.

Berlin, den 13. Dezember 1920.

Aktiengesellschaft Reichskohlenverband.
Brecht. Löffler.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Alle beanstandeten Reichstagswahlen sind vom Wahlprüfungsausschuß für gültig erklärt.
* Im Prozeß Erzberger—Helfferich wurden beide Revisionen vom Reichsgericht verworfen.
* Staatsminister a. D. Dr. Helfferich wird sich in den nächsten Tagen in Wendisch-Ahlsdorf mit der verwitweten Freifrau Annette von Müffling, geb. von Siemens, vermählen.
* Der deutschnationale Abgeordnete v. Gräfe ist infolge von Differenzen mit seinem Fraktionskollegen Dietrich aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten.
* Der neue amerikanische Präsident Harding erklärt, er sei endgültig entschlossen, keine Rücksicht auf den Friedensvertrag von Versailles und das Völkerbundsstatut zu nehmen.

Auswanderungssorgen.

Wir müssen Menschen exportieren oder Waren — in diese wenigen Worte pflegte Graf Caprivi, der Vater der jetzt auch bereits zu den Toten gewanderten ersten reichsdeutschen Handelsverträge mit Rußland, mit Österreich-Ungarn, mit Italien, seine volkswirtschaftliche Weisheit zusammenzufassen, so oft er dem Volke die zwingende Lage, in der wir uns beim Ausgang des vorigen Jahrhunderts befanden, klar machen wollte. Diese Handelsverträge, von der Opposition damals grimmig befehdet, brachten uns doch Arbeit und Wohlstand in Hülle und Fülle, und sie gereichten auch den Ländern, mit denen sie abgeschlossen waren, wahrlich nicht zum Nachteil. Wir haben Waren exportiert, Qualitäts- und Massenartikel, und dafür der Jahr für Jahr um ½ bis ¾ Millionen Köpfe wachsenden Bevölkerung in der lieben deutschen Heimat spielend Nahrung geboten. Niemand brauchte außer Landes zu gehen, weil er bei uns zu Hause nicht sein Auskommen fand.

Und heute? Heute streben wieder Hunderttausende fort aus Deutschland, weil ihnen hier der Boden unter den Füßen zu heiß oder vielmehr: weil ihnen der Nahrungsspielraum zu knapp wird. Die Arbeitslosigkeit ist noch nicht gar so groß im Lande, weil ihr mit allen nur denkbaren, künstlichen und natürlichen Mitteln entgegengewirkt wird. Aber wer sich nach voller Betätigung seiner Leistungsfähigkeit sehnt, wer sich frei machen will von dem sich unausgesetzt verstärkenden Druck auf die persönliche Freiheit in Wirtschaft und Gewerbe, wer nicht der öffentlichen Unterstützung, der Armenfürsorge zur Last fallen will, der möchte am liebsten sein Bündel schnüren und anderwärts das Glück versuchen, das die deutsche Menschheit bis auf weiteres verlassen zu haben scheint. Nicht weniger als 15 Millionen Anmeldungen zur Auswanderung in die Neue Welt sollen in den Listen der Schiffahrtsgesellschaften bereits verzeichnet sein, darunter fünf Millionen Deutsche.

Diese Zahlen haben das preußische Wohlfahrtsministerium aufgeschreckt. Eine Konferenz von Sachverständigen versammelte sich und beschloß — ja was beschloß man denn? Ebenso wenig wie man verfügen kann, daß der Vater Rhein vom 1. Januar 1921 von Norden nach Süden statt wie bisher von Süden nach Norden zu fließen habe, ebenso wenig läßt sich der Strom der Auswanderung im Lande gewaltsam zurückhalten, sobald er durch elementar wirkende Ursachen ins Riesenhafte angeschwollen alle Dämme zu sprengen beginnt. Was nützt der schon so oft gehörte Hinweis auf die großen Ödländereien, die in Deutschland immer noch der kulturellen Erschließung harren, wenn auf der anderen Seite zugegeben werden muß, daß wir im nächsten Jahre vielleicht gerade noch die Hälfte der Bewohner deutscher Erde aus eigener Kraft werden ernähren können, weil der Boden schon in hohem Grade entwertet ist und infolge der Gesamtgestaltung unserer Arbeitsverhältnisse lange nicht mehr so ausgiebig bewirtschaftet werden kann, wie es früher der Fall war? Was nützt die gewissenhafteste Aufklärung über die Zustände außerhalb Deutschlands, über den umfassenden Weltcharakter der Produktions- oder Absatzkrisis, in der wir uns befinden, da gerade bei uns der Kampf ums Dasein infolge des Verlustes wertvollster Grenzlande und der sich daraus mit Naturnotwendigkeit ergebenden Nachwirkungen immer stürmischere Formen annehmen muß. Was nützt schließlich der Jammer über die Abwanderung besonders wertvoller Volkselemente und über die nicht wieder gutzumachende Schädigung des Gesamtniveaus des deutschen Volks in rassenhygienischer, in sozialer, in kultureller Beziehung, da schließlich doch jeder sich nun einmal selbst der Nächste ist? Nein, da wir Waren nicht mehr exportieren können, muß sich bei uns unter allen Umständen ein Bevölkerungsüberschuß ergeben, den keine Macht der Welt im Lande zurückhalten kann — selbst wenn es uns nach dem Versailler Friedensvertrag überhaupt erlaubt wäre, Auswanderungslustigen irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen. Auch das hat man uns fürsorglich verboten, in der Annahme, daß man deutsche Auswanderer anderwärts wieder einmal sehr gut als vortrefflichen Kulturdünger werde gebrauchen können. Gleichviel, ob man sich in dieser Voraussetzung geirrt hat oder nicht, die Vorschrift besteht und muß natürlich von uns beachtet werden.

Nur der eine Trost ist uns geblieben, daß die Siegerstaaten sich über die Folgen der Zertrümmerung der deutschen Wirtschaft böse geirrt haben. Sie werden der Früchte dieser Heldentat niemals froh werden.

Die Gefahr des Eisenbahnerstreiks.

Entscheidung nach Jahresbeginn.

Zu der Bewegung unter den Eisenbahnangestellten und Arbeitern, die immer noch zu einer drohenden Entladung zu führen droht, gibt eine Veröffentlichung des Sekretärs im deutschen Eisenbahnerverbande, des Reichstagsabgeordneten Kohut, einige Aufschlüsse. In dem Artikel heißt es:

Der Reichslohntarif für die Eisenbahnarbeiter zerfällt in 8 Lohn- und 5 Wirtschaftsklassen. Hinzu kommt, daß der Lohn sich nach 7 Altersklassen abstuft. Auf Grund dieser Einteilung sind 260 verschiedene Lohnsätze vorhanden, die dem Eisenbahnarbeiter im günstigsten Falle unter Einbeziehung eines Teuerungszuschlags einen Stundenlohn von 5,30 Mark und im ungünstigsten Falle von 3,20 Mark garantieren. Für weibliche Beschäftigte ist der Höchstlohn 3 Mark, der niedrigste 2 Mark. Ungünstiger als bei den Arbeitern liegen die Einkommensverhältnisse bei den Beamten, wobei zu unterscheiden ist zwischen den planmäßigen und den außerplanmäßigen Beamten. Ein planmäßig angestellter Schrankenwärter bezieht zurzeit im günstigsten Falle ein Jahreseinkommen von 12 750 Mark, im ungünstigsten Falle von 7500 Mark, bei den Diätaren betragen die Sätze 8100 bezw. 5400 Mark pro Jahr. Zu diesen Sätzen kommt eine Kinderzulage, die für die Arbeiter pro Kind und Stunde einheitlich 20 Pf. beträgt. Für die Beamten gelten Monatssätze, die unter Hinzuziehung eines 50 %igen Teuerungszuschlages bisher 60, 75 und 90 Mark betrugen. An den vorstehenden Einkommensbezügen ist durch den letzten Parlamentsbeschluß wenig geändert worden. Bekanntlich erfolgte nur eine Aufbesserung der Kinderzuschläge und zwar abgestuft nach Teuerungsklassen. Danach erhalten künftig die Beamten in der teuersten Klasse pro Kind und Monat je nach dem Lebensalter 100, 125 und 150 Mark; in den Ortsklassen D und E, die die nichtteuren Orte enthalten, 70, 87,50 und 105 Mark. Für die nichtplanmäßigen Beamten ist eine Erhöhung des Ortszuschlages von 80 auf 100 % vorgesehen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, der 550 000 Arbeiter und Beamte umfaßt, ist gesonnen, den Verhandlungsweg vollständig zu erschöpfen, ehe man Stellung zum Streik nimmt.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter nimmt zurzeit eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern vor. Wie die Führer versichern, ist unter allen Umständen mit einer Zweidrittelmehrheit für den Streik zu rechnen. Die Streikgefahr ist also durch den Parlamentsbeschluß nicht beseitigt, sondern im Gegenteil in bedrohliche Nähe gerückt. Über den Zeitpunkt der Streikdurchführung läßt sich zur Stunde nichts sagen. Spätestens nach Beginn des neuen Jahres dürfte aber die Entscheidung fallen. Jedenfalls ist die Aufmerksamkeit aller maßgebenden Stellen ebenso wie die Besonnenheit der beteiligten Kreise notwendig, um das Staatsschiff um die drohende Klippe herumzubringen.

Gemeinsames Vorgehen von Angestellten und Arbeitern.

Seit einigen Tagen haben dem Vernehmen nach Verhandlungen zwischen den Organisationen der Eisenbahnbeamten und der Eisenbahnarbeiter stattgefunden. Diese Verhandlungen sind zum Abschluß gekommen. Die beiderseitigen Organisationen haben sich solidarisch erklärt und zu einem gemeinsamen Vorgehen verpflichtet. Es sind neue, genau formulierte Forderungen aufgestellt worden, die alsbald gemeinsam der Reichsregierung mit dem Antrag auf Einleitung neuer Verhandlungen unterbreitet werden sollen. In den Kreisen der Beamten und der Arbeiter hofft man, daß die Regierung verhandlungsbereit sein wird; jedenfalls will man dort alle, auch die letzten Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen, ehe man in den sonst unvermeidlichen schweren Kampf eintritt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Reichsregierung und Nolletnote.** Wie verlautet, ist nunmehr nach Abschluß der Beratungen innerhalb der Reichsregierung und nach Beendigung der Verhandlungen zwischen dieser und dem bayerischen Ministerrate der Text der deutschen Antwortnote auf die Note des Generals Nollet in der Angelegenheit der Einwohnerwehren festgestellt worden. Die deutsche Reichsregierung führt für den Weiterbestand der Einwohnerwehren das Vorliegen eines höheren Staatsinteresses ins Treffen.

✦ **Der Auswärtige Ausschuß.** Über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: „Gegenstände der Besprechung waren die diplomatische Behandlung der Einwohnerwehren und die Brüsseler Konferenz. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Verhältnis des Auswärtigen Ausschusses zum Auswärtigen Amt und die stärkere und regelmäßigere Heranziehung des Ausschusses zur Kontrolle der auswärtigen Geschäfte werden in einer Sitzung erörtert werden, die am 17. Januar 1921 stattfinden soll. Der Ausschuß erledigte ferner eine größere Anzahl von Bittschriften."

✦ **Reichspräsident Ebert an Moesle.** Reichspräsident Ebert hat an Staatssekretär Moesle aus Anlaß seines Rücktritts ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm für seine großen Verdienste während seiner langjährigen Tätigkeit im Reichsschatzamt und Reichsfinanzministerium, insbesondere wegen seiner Mitwirkung bei der Reichsfinanzreform und der Vereinheitlichung der Steuerverwaltung seinen Dank ausspricht.

✦ **Sämtliche Reichstagswahlen gültig.** Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat nunmehr die Wahlprüfung für sämtliche Reichstagswahlkreise, in denen am 6. Juni 1920 gewählt wurde, beendigt. Alle Wahlen wurden für gültig erklärt. Das neue Wahlprüfungsgericht hat also schon sechs Monate nach der Reichstagswahl die Wahlprüfung beendigt. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß das Wahlprüfungsgericht sich neu konstituieren und in der Wahlprüfungsordnung zunächst selbst sein Verfahren regeln mußte.

✦ **Die kommende Schlichtungsordnung.** Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Am 14., 15. und 16. Dezember 1920 ist der auf Grund der früheren Kommissionsberatungen aufgestellte amtliche Entwurf einer Schlichtungsordnung mit Vertretern der obersten Reichsbehörden und der Regierungen der Länder im Reichsarbeitsministerium durchberaten worden. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses dieser Besprechung wird der Entwurf im Januar nächsten Jahres dem Reichskabinett zur Beschlußfassung unterbreitet und sodann dem Reichswirtschaftsrat zur Beratung vorgelegt werden.

✦ **Verwerfung der Revision im Erzberger—Helfferich-Prozeß.** Im Prozeß Erzberger—Helfferich erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revisionen sowohl des Angeklagten als auch des Nebenklägers. Die sehr ausführliche Begründung, die rein rechtlicher Natur war, hat sich in allen Punkten den Ausführungen angeschlossen, die der Reichsanwalt am vergangenen Freitag gemacht hatte.

✦ **England und die Auslandsforderungen.** In der Frage der Auszahlforderungen ist von England das Angebot gemacht worden, man wolle zunächst in eine Prüfung der großen von Deutschland angemeldeten Forderungen treten. Auf diese Weise will die englische Regierung eine Art Linderung der augenblicklichen Situation vornehmen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF